



Netzwerk
Friedenskooperative
Förderverein Frieden e.V.

Römerstraße 88
53111 Bonn
Tel. 02 28/69 29 04
Fax 02 28/69 29 06

Sammlung: Statements, Texte und Flugblätter zum Krieg gegen Libyen

- **Church and Peace:** Church and Peace fordert konsequente Entwicklungen von Strategien ziviler Konflikttransformation, 27.03.2011
 - **IALANA:** Kampfhandlungen gegen Libyen sofort einstellen. Schutz der Zivilbevölkerung erfordert Waffenstillstand, 24.03.2011
 - **Pax Christi:** Drücken vor der Verantwortung, 22.03.2011
 - **IPPNW:** IPPNW fordert Ende militärischer Interventionen gegen Libyen, 21.03.2011
 - **Bundesausschuss Friedensratschlag:** Krieg gegen Libyen sofort stoppen, 21.03.2011
 - **Netzwerk Friedenskooperative:** Den Krieg in Libyen stoppen – Nein in der NATO gefordert, 20.03.2011
 - **Bund für Soziale Verteidigung:** Gegen jegliche Gewalt – Erklärung zu Libyen, 20.03.2011
 - **Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg:** eingreifen in Libyen, aber wie?, 21.03.2011
 - **Andreas Zumach, WDR2 Klartext:** Keine Strategie ist auch eine Strategie, 21.03.2011
 - **Friedensplenum- Antikriegsbündnis Tübingen:** Sofortiger Stopp der Angriffe auf Libyen, 21.03.2011 (Veranstaltungsaufruf)
 - **Münchener Bündnis gegen Krieg und Rassismus:** NATO-Intervention im Namen des Volkes? (Veranstaltungsflugblatt)
 - **Paderborner Initiative gegen den Krieg:** Krieg um Libyen – „humanitäre Hilfe“? (Veranstaltungsflugblatt)
- *****
- **Bundesausschuss Friedensratschlag:** Kein Öl ins Feuer gießen! Flugverbotszone heißt Krieg, Waffenstillstand jetzt!, 18.03.2011
 - **Netzwerk Friedenskooperative:** Libyen: Stop! Erst denken – und dann nicht schießen!, 11.02.2011
 - **Pax Christi:** An gewaltfreien Maßnahmen gegenüber Libyen festhalten, 11.03.2011
 - **Deutsche Friedensgesellschaft- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen:** Tatort Libyen, 04.03.2011

Zusammenstellung: Philipp Ingenleuf
Stand: 29.03.2011



Church and Peace

Internationale Geschäftsstelle

Church and Peace ist ein ökumenischer Zusammenschluss von Friedenskirchen und friedenskirchlich orientierten Gemeinden, Kommunitäten und Friedensorganisationen in Europa.

Church and Peace fordert konsequente Entwicklung von Strategien ziviler Konflikttransformation

Pressemitteilung vom 27.03.2011

Wir sind entsetzt, dass die internationale Gemeinschaft wiederum mit dem Einsatz militärischer Gewalt einen Konflikt begrenzen will, der nun faktisch eskaliert – in diesem Fall in Libyen der Konflikt zwischen dem Diktator Muammar al-Gadhafi und den Menschen, die sich gegen sein Gewaltregime wehren. Dahinter steht das UN-Konzept der „Responsibility to Protect (R2P – Schutzpflicht)“, das den Militäreinsatz zum Schutz von bedrohten Völkern gestattet.

In dieser aktuellen Situation unterstreichen wir unsere Überzeugung:

„Auch in aussichtslos erscheinenden Situationen, in denen angesichts vorherrschender Gewalt der menschlich nachvollziehbare Hilferuf nach wirksamer Gegengewalt bei den Betroffenen und bei uns selbst laut wird, beharren wir auf gewaltlosen Mitteln gegenüber jedem Menschen - Mittel, die uns in der Nachfolge Jesu in reichem Maß zur Verfügung stehen. Wir fordern den verstärkten Einsatz von OSZE-Missionen (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und eine entschiedene Unterstützung gewaltfreier Interventionen durch Staat und Kirche nach dem Vorbild des Zivilen Friedensdienstes, der Christian-Peacemaker-Teams, des Ökumenischen Begleitprogramms für Frieden in Palästina und Israel und der Internationalen Friedensbrigaden. Gewalt in jeglicher Form kann niemals einen dauerhaften Frieden in Gerechtigkeit erzielen, wohl aber der Weg der Nächsten- und Feindesliebe, zu dem wir aufgerufen sind.

Wir laden alle Kirchen ein, mit uns der Versuchung zu widerstehen, den Gebrauch tödlicher Waffen - selbst als „ultima ratio“ - zu rechtfertigen.“ (Church and Peace-Erklärung zu R2P, Juni 2009)

Trotz der vielen offensichtlich brisanten Situationen weltweit, insbesondere im Mittelmeerraum, wurden dringend notwendige Schritte, um Menschen in der Region und in der internationalen Staatengemeinschaft zu schulen, zu finanzieren, zu stärken und in wirksamer Anzahl zur Konfliktprävention oder -lösung einzusetzen, nur in völlig ungenügendem Maß unternommen. Wir fordern eine konsequente Entwicklung ziviler Instrumente zur Konflikttransformation.

Wieder einmal bestätigt sich: „Selbst wenn militärische Gewalt nur als „ultima ratio“ bereit gehalten wird, beeinflusst dies die Planung der zivilen Aktionen in den früheren Phasen des Konflikts, indem ein unangemessen großer Anteil der für die zivile Hilfe notwendigen Mittel verschlungen wird. Schon die Verfügbarkeit militärischer Mittel verstärkt die übliche Einstellung, dass ein Militäreinsatz die unvermeidliche Lösung ist. Wir bleiben bei unserer Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung zur Durchsetzung guter Ziele, und sei es unter dem Vorwand ‚polizeilicher Gewalt‘.“

(s. Erklärung von Church and Peace zu „Responsibility to Protect (R2P)“: www.church-and-peace.org/documents.html)

Als europäisches Netzwerk von Kirchen und Gemeinschaften, die sich der Gewaltfreiheit verpflichtet fühlen, kommen wir vom 20. bis 22. Mai 2011 zu einer internationalen Konferenz in der 'Communauté de l'Arche' von St Antoine zusammen - in Verbundenheit mit den Delegierten

der parallel stattfindenden Abschlusskonvokation zur weltweiten *Ökumenischen Dekade der Kirchen zur Überwindung von Gewalt* in Jamaika. Wir werden mit Menschen und Initiativen, die in der Konfliktbearbeitung in Krisengebieten (Südosteuropa, Irak u.a.) erfahren sind, weiter an der theologischen Klärung und den politischen und strategischen Schritten konkreter Alternativen zu militärischen Interventionen arbeiten. Dazu laden wir herzlich ein.
(Einladung: www.church-and-peace.org/events.html)

Vorstandssitzung am 25.03.2011 in Laufdorf bei Wetzlar

Mehr über **Church and Peace** unter: www.church-and-peace.org

Church and Peace ist ein europäischer Zusammenschluss von christlichen Kommunitäten, Kirchen, Organisationen und Gruppen, die der Überzeugung sind, dass die im Evangelium bezeugte Gewaltfreiheit zu den Wesensmerkmalen der Gemeinde Jesu Christi gehört und dass daher die Versöhnungsbotschaft des Evangeliums zum Dienst gewaltfreien Friedenstiftens führt. Deshalb verpflichten sich die Mitglieder in ihrem Leben und Dienst zu einem gewaltfreien Friedenszeugnis. Church and Peace ist u.a. assoziiertes Mitglied der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), Partner in der ‚Assisi-Koalition‘, Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und im ‚Network of Christian Peace Organisations‘(UK).



Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen
Für gewaltfreie Friedensgestaltung
Deutsche Sektion der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms

IALANA Schützenstraße 6a 10117
Berlin

Berlin, 24. März 2011

VORSTAND: **Presseerklärung**

Vorsitzender:
Otto Jäckel
Rechtsanwalt, Wiesbaden

Schatzmeister:
Dr. Peter Becker
Rechtsanwalt und Notar, Marburg

Wolfgang Alban
Richter, Berlin

Gerhard Baisch
Rechtsanwalt, Bremen

Jenny Becker, Berlin

Dr. Philipp Boos
Rechtsanwalt, Berlin

Robin Borrmann, Frankfurt/Oder

Dr. Hubertus Graf Grote
Richter i. R., Rosche

Bernd Hahnfeld
Richter i. R., Köln

PD Dr. Hans-Joachim Heintze, Bochum

Prof. Dr. Martin Kutscha, Berlin

Ursel Reich, Konstanz

Björn Rohde-Liebenau
Rechtsanwalt, Hamburg

Eckart Stevens-Bartol
Richter i. R., München

Helga Wullweber
Rechtsanwältin, Berlin

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT:

Prof. Dr. Michael Bothe, Frankfurt

Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Bremen

Dr. Dieter Deiseroth, Leipzig
Bundesverwaltungsrichter

Prof. Dr. Erhard Denninger, Frankfurt

Dipl.-Pol. Annegret Falter, Berlin

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Völkerrechtler, Bremen

Dr. Dietrich Franke, Leipzig
Bundesverwaltungsrichter i. R.

Dr. Felix Hanschmann, Karlsruhe

Prof. Dr. Manfred Mohr
Völkerrechtler, Berlin

Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg

Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter, Gießen

Dr. Hermann Scheer MdB, Remagen †

Dr. Dr. Helmut Simon, Ettlingen
Bundesverfassungsrichter a. D.

Hans-Christof von Sponeck, Müllheim
Beigeordneter des VN-Generalsekretärs

Prof. Dr. Herbert Wulf, Pinneberg

GESCHÄFTSFÜHRER:

Reiner Braun, Berlin

Deutsche IALANA: Kampfhandlungen gegen Libyen sofort einstellen Schutz der Zivilbevölkerung erfordert Waffenstillstand

Die Deutsche IALANA richtet sich in einem dringenden Appell an die Bundesregierung, sich für eine sofortige Beendigung der Bombardierung Libyens einzusetzen. Der Angriff mit Marschflugkörpern und die Bombardierung durch Tarnkappenbomber und Jagdflugzeuge provoziert Opfer unter der Zivilbevölkerung, die durch Sanktionen gegen die Regierung Gaddafi gerade verhindert werden sollten.

Es erscheint auch höchst zweifelhaft, ob die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats mit der UN-Charta vereinbar ist, soweit darin für ein militärisches Eingreifen grünes Licht gegeben wurde.

Hierzu ist zunächst daran zu erinnern, dass das Verhältnis der Staatengemeinschaft zu einzelnen Staaten wie das Verhältnis zwischen den Staaten durch den Grundsatz der souveränen Gleichheit nach Art.2 Ziffer 1 und durch das in Art. 2 Ziffer 3 der UN-Charta normierte Gewaltverbot bestimmt wird. Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta, insbesondere in ihrer schärfsten Form von militärischen Sanktionen nach Art 42 UN-Charta setzen die Feststellung einer Friedensgefährdung nach Art. 39 der Charta voraus. Der Sicherheitsrat hat in der Resolution vom 17. März die Formulierung verwendet:

„...feststellend, dass die Situation in der Libysch-Arabischen Dschamahirija auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt, ...“.

Nähere Ausführungen zur Begründung finden sich an dieser Stelle nicht. Ohne Zweifel liegt kein Friedensbruch durch die Libysche Regierung in Form eines Angriffs gegen einen anderen Staat vor. Auch eine Aggression gegen einen „de facto“-Staat auf libyschem Territorium ist nicht gegeben. Hierzu müsste die Oppositionsbewegung und der von ihr gebildete Nationalrat eine dauerhafte faktische Herrschaft über einen Teil des libyschen Territoriums im Sinne eines abgetrenn-

Präsident der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms:
Christopher Gregory Weeramantry
Vizepräsident des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag i. R.
Träger des Alternativen Nobelpreises 2007

IALANA Geschäftsstelle
Schützenstraße 6a
10117 Berlin

Tel.: (030) 20 65-48 57
Fax (030) 20 65-48 58
E-Mail: info@ialana.de
Homepage: www.ialana.de

Bankverbindung:
Konto-Nr. 1000 668 083
BLZ 533 500 00
Sparkasse Marburg-Biedenkopf

ten Separatstaats errichtet haben. Der Nationalrat hat aber gerade mehrfach versichert, dass die Bildung eines Separatstaats in der Cyrenaika für ihn nicht in Betracht komme; Ziel sei die Verdrängung Gaddafis von der Macht und die Eroberung der Herrschaft über ganz Libyen.

Es handelt sich somit um einen nichtinternationalen bewaffneten Konflikt, einen Bürgerkrieg. Es ist aber ein feststehender Grundsatz, abgeleitet aus der Achtung der nationalen Souveränität der Staaten und dem Gewaltverbot sowie dem Gebot der Neutralität, dass Dritte sich nicht in Bürgerkriege zugunsten einer der Konfliktparteien einmischen dürfen. Dies hat der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen in Den Haag in seiner Nicaragua- Entscheidung vom 27. Juni 1986 ausdrücklich klargestellt.

Soweit die Intervention auf humanitäre Gründe gestützt wird, gilt folgendes: Zwar kann die Verletzung der Völkermord-Konvention zur Feststellung eines Friedensbruchs und militärischen Zwangsmaßnahmen durch den Sicherheitsrat führen. Es liegen jedoch keine Anhaltspunkte dafür vor, dass das Gaddafi-Regime wie etwa in Ruanda systematisch Teile der Bevölkerung aus ethnischen Gründen oder Gründen der Stammeszugehörigkeit vernichten lässt.

Allerdings haben beide Bürgerkriegsparteien bei ihren bewaffneten Aktionen die Regeln des humanitären Völkerrechts einzuhalten. Hierzu gehört der allgemeine Grundsatz des Völkerrechts, wonach es verboten ist, Angriffe gegen die Zivilbevölkerung als solche zu führen. Dieser Grundsatz ist in Art 51 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte normiert und auch von Bürgerkriegsparteien zu beachten.

Danach sind unterschiedslose Angriffe, die sich nicht gegen ein bestimmtes militärisches Ziel richten, verboten, Art. 51 Abs.4a) 1. Zusatzprotokoll, ebenso solche, bei denen damit zu rechnen ist, dass sie auch Verluste an Menschenleben unter der Zivilbevölkerung, die Verwundung von Zivilpersonen, die Beschädigung ziviler Objekte oder mehrere derartiger Folgen zusammen verursachen, die in keinem Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen, Art. 51 Abs. 5b) 1. Zusatzprotokoll.

Diesbezüglich hält sich der Sicherheitsrat in seinem Beschluss etwas bedeckt, soweit er in seinen Eingangsformulierungen feststellt, er handele in der Erwägung, dass die in Libyen stattfindenden Angriffe auf die Zivilbevölkerung „möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen“.

In der Tat stellt sich die Faktenlage insofern bis jetzt äußerst ungesichert dar. Es ist Sache des bereits angerufenen Internationalen Strafgerichtshofs, die Fakten zu ermitteln und strafrechtlich zu bewerten. Jedenfalls besteht bis jetzt weder im kodifizierten Völkerrecht noch im Völkergewohnheitsrecht ein Grundsatz, der es erlaubt, militärische Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um die Verletzung von Verstößen gegen Art 51 des Zusatzprotokolls zu unterbinden. Der Sicherheitsrat beschreitet damit Neuland und dieser Schritt ist von den geltenden völkerrechtlichen Regeln nicht gedeckt.

Hinzu kommt, dass nach Artikel 42 UN-Charta die Verhängung militärischer Sanktionen nur erlaubt ist, wenn Sanktionen ohne Gewaltanwendung nach Art. 41 der Charta unzulänglich sein würden oder sich bereits als unzulänglich erwiesen haben. Auch dies ist fragwürdig. Zu Recht wies Außenminister Westerwelle nach Beginn der Angriffe darauf hin, dass nun zunächst ein Handelsembargo für libysches Erdöl und Erdgas verhängt werden solle und er dies als Hauptaufgabe der EU ansehe. Die Verstopfung jeder Einnahmequelle wäre nach dem Einfrieren aller Auslandskonten ein zunächst zu erprobendes Mittel gewesen, den Gaddafi-Clan zum Einlenken zu bewegen. Auch das wesentlich mächtigere Apartheid-Regime in Südafrika ist schließlich auf Grund von Wirtschaftssanktionen und Isolation zur Aufgabe gezwungen worden.

Es ist auch widersprüchlich, wenn die Bundesregierung sich einerseits bei der Abstimmung über die Resolution 1973/2011 des UN-Sicherheitsrats der Stimme enthält, andererseits aber erklärt, sie halte alle darin formulierten Ziele für richtig und den USA erlaubt, den Krieg von Stuttgart aus zu leiten. Dies widerspricht der Verpflichtung, die Deutschland in dem 2+4 Vertrag von 1990 eingegangen ist, wonach von deutschem Boden nur Frieden ausgehen darf.

Der massive militärische Einsatz ist auch politisch kontraproduktiv. Er verschafft den Oppositionskräften im Osten des Landes möglicherweise eine Atempause, birgt jedoch das große Risiko in sich, dass die Mehrheit der Menschen im Land sich in der Stunde des Angriffs von außen um den Gaddafi-Clan scharen wird. Damit werden die Kräfte in Libyen, die für einen politischen Wechsel kämpfen, geschwächt. Geschwächt werden auch die Oppositionskräfte im arabischen Raum insgesamt, denn ihnen wird spätestens ab jetzt vorgehalten werden, sie stünden mit den USA, Großbritannien und Frankreich im Bündnis und betrieben deren Geschäft.

Schließlich mangelt es der Militäraktion auch an Glaubwürdigkeit, weil mit zweierlei Maß gemessen wird. Die Oppositionskräfte im Jemen und in Bahrein, die von ihren Despoten niedergeschossen werden, erhalten keine vergleichbare Unterstützung. Im Gegenteil wird sogar die Waffenhilfe von Katar in Anspruch genommen. Der dort herrschende Emir Hamed al Chalifa vereinigt als absoluter Monarch Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in einer Person. Parteien und ein Parlament gibt es in seinem Land nicht. Die demokratischen Rechte und Freiheiten, für die die Menschen in Libyen ihr Leben riskieren, enthält er seinen eigenen Bürgern vor.

Erforderlich ist daher ein sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen aller Konfliktparteien über eine friedliche Lösung für die Zukunft Libyens.

Otto Jäckel
Rechtsanwalt, Vorsitzender der deutschen Sektion der internationalen IALANA

Berlin, Wiesbaden, den 24.03.2011

Nachfragen:
Otto Jäckel, 0171-701 68 71
Reiner Braun (Geschäftsführer), 0172 231 74 75



Drücken vor der Verantwortung pax christi kritisiert Position der Bundesregierung im Libyen-Krieg

Noch vor den ersten Flügen französischer Jagdbomber Ende vergangener Woche warnte Johannes Schnettler vor den Folgen des NATO-Militäreinsatzes. Nun kritisiert der Vizepräsident der deutschen Sektion der katholischen Friedensbewegung im Interview die Haltung Deutschlands.

domradio.de: Wie bewertet pax christi den Militäreinsatz in Libyen?

Schnettler: Wir halten diesen Militärschlag für falsch. Wir sehen ihn eher als militärischen Aktivismus. Dahinter steckt das schlechte Gewissen des Westens. Es ist jetzt offenbar geworden, dass über Jahrzehnte mit einem Diktator paktiert wurde, der das Volk unterdrückt hat. Und nun will man vor der Weltöffentlichkeit und den demonstrierenden Menschen in Libyen das Gesicht wahren und holt zu einem Militärschlag aus, dessen Folgen nach unserer Einschätzung verheerend sein werden, weil er das Leid der Zivilbevölkerung erhöhen wird.

domradio.de: Das heißt die Internationale Gemeinschaft schützt mit diesem Krieg die libysche Bevölkerung nicht wirklich?

Schnettler: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Bevölkerung als Schutzschild gegen das Bombardement genommen wird. Hier ist eine erhebliche Gefährdung der Bevölkerung zu sehen. Das ist eine unmittelbare Folge dieses Bombardements.

domradio.de: Wie bewerten Sie die Haltung der Bundesregierung?

Schnettler: Wir halten diese Enthaltung für ein Drücken vor der Verantwortung. Wenn Deutschland gegen diesen Einsatz ist, dann soll es das auch sagen und mit Nein stimmen. Deutschland rühmt sich immer seiner guten internationalen Beziehungen. Zu solchen guten Beziehungen gehört es auch, den Freunden und Bündnispartnern eine gegenteilige Position zu sagen und zu sagen: Nein zu diesem Krieg, lasst uns zu Mitteln der politischen Sanktionen greifen. Das ist weiterführend.

domradio.de: Gaddafi schiebt seine Angriffe auf den Westen. Wie sehr kann er da überzeugen?

Schnettler: Das wird sich zeigen. Das ist natürlich immer die Falle, in die der Westen hineintappt, dass durch den Militäreinsatz Animositäten gepflegt werden und hier wieder mit dem Finger auf den Westen gezeigt werden kann, der nur seine eigenen Interessen verfolgt. Von daher ist diese Gefahr gegeben. Wir wissen im Moment ja auch nur sehr wenig über die Menschen, die in Libyen protestieren. Wir unterstützen diesen Wunsch nach Freiheit und halten aber das Bombardement für den falschen Weg. Wir sehen eher im Verbot von Importen von Öl und in einer klugen Flüchtlingspolitik eine Lösung, den Menschen in Libyen zu helfen.

domradio.de: Heute beraten die NATO-Staaten in Brüssel das weitere Vorgehen in Libyen. Was ist das Gebot der Stunde?

Schnettler: Das Gebot der Stunde muss ein sofortiger Stopp des Bombardements sein und eine überlegte Politik hinsichtlich einer klaren Flüchtlingspolitik. Die EU ist hier gefordert. Sie muss deutlich machen, dass sie bereit ist, Menschen, die nach Europa kommen wollen, anders aufzunehmen, anders als es bis jetzt durch den Aufbau von Frontex und Abwehrmaßnahmen im Mittelmeer der Fall ist. Ich befürchte, dass die NATO-Staaten das Bombardement verstärken werden. Und in letzter Konsequenz - das ist dann die militärische Logik - auch Bodentruppen entsenden werden. Und das wäre eine Katastrophe.

Informationen:

Das Interview zum Nachhören finden Sie auf www.domradio.de und verlinkt auf www.paxchristi.de

Ansprechpartnerin bei pax christi für die Presse:

Christine Hoffmann: Telefon: 030-200767812 und 0177- 5283530 www.paxchristi.de; [sekretariat\[at\]paxchristi.de](mailto:sekretariat[at]paxchristi.de)



IPPNW fordert Ende militärischer Interventionen gegen Libyen

Die deutsche Sektion der IPPNW ist bestürzt über den zivilen Blutzoll der ersten militärischen Aktionen zur Durchsetzung der Flugverbotszone über Libyen. Sie warnt, dass weitere Angriffe zu noch mehr zivilen Toten und Verletzten führen werden. Zugleich rücke eine fortgesetzte militärische Intervention das Ziel eines Waffenstillstands in weite Ferne.

Die IPPNW fordert das Ende der militärischen Intervention, den sofortigen Waffenstillstand und den Beginn von Friedensverhandlungen. Druckmittel dazu sind die Umsetzung eines entschiedenen Ölembargos, der Stopp aller Waffenlieferungen in die Region, die Ausweitung der Sperrung libyscher Konten im Ausland und verstärkte neutrale Vermittlungsbemühungen.

Die IPPNW findet es befremdlich, dass in Bahrain der Einsatz heimischer und fremder Truppen gegen das eigene Volk vom Westen geduldet erscheint, während die militärische Intervention in den libyschen Bürgerkrieg für das Volk zur "humanitären Intervention" erklärt wird.

Für Christoph Krämer, stellvertretenden Vorsitzenden der IPPNW, erklären sich diese Wahrnehmungs- und Darstellungsunterschiede aus den Interessen des Westens. In Bahrain wird eine sunnitische Minderheitsstruktur militärisch stabilisiert, um einen schiitischen Umsturz zu verhindern, der die Position des Iran in der Region – und gegenüber Saudi Arabien - stärken könnte.

In Libyen sieht Krämer das strategische Interesse des Westens auf die riesigen Ölressourcen gerichtet. Er befürchtet, dass das westliche Interesse eines akzeptablen Ölpreises zu einer Eskalation der Gewalt hin bis zur Entsendung von Interventions-Bodentruppen führen könnte.

Die IPPNW hat die Ablehnung einer deutschen Teilnahme an den Militärmaßnahmen gegen Libyen begrüßt. Ein glaubwürdiger Schutz der libyschen Bevölkerung bedürfe aber des erhöhten zivilen Einsatzes Deutschlands. So appelliert Krämer an die Bundesregierung: „Beenden Sie Ihre Parteinahme in diesem Krieg und entsenden Sie, wie von der libyschen Regierung gefordert, deutsche Beobachter nach Libyen!“

Kontakt: Dr. Jens-Peter Steffen, Tel.: 030 / 698 074 13

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Körtestr. 10, 10967 Berlin, www.ippnw.de, Email: [ippnw\[at\]ippnw.de](mailto:ippnw[at]ippnw.de)

Krieg gegen Libyen sofort stoppen!

**Deutsche Verlogenheit
beenden!
US-Militäreinrichtungen
schließen!**



Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Selbst wer geglaubt hatte, mit der Einrichtung einer Flugverbotszone unblutig und in kurzer Zeit Angriffe auf die libysche Zivilbevölkerung verhindern zu können, muss sich bitter getäuscht fühlen. Nicht nur, dass Massenbombardements mit US-Marschflugkörpern und aus Tarnkappenbomben Schäden unter der libyschen Zivilbevölkerung anrichten, nein, sie führen auch zur Ausweitung und Intensivierung militärischer Aktionen der Angegriffenen. Das vorgebliche Ziel der alliierten Invasoren, einen Waffenstillstand zwischen den libyschen Konfliktparteien herbeizubringen, ist schon im Ansatz gescheitert.

Eines ist jetzt schon sicher: Die Fortsetzung der westlichen Bombenangriffe wird den Blutzoll in Libyen weiter steigern. Hinzu kommt, dass der Konflikt nicht aus der Luft entschieden wird, sondern am Boden. Wir fragen: Wo liegt die Grenze des westlichen Kriegseinsatzes? Bisher ist der Einsatz von Bodentruppen durch die UN-Resolution 1973 (2011) ausgeschlossen. Auch die US-Regierung schließt einen Einsatz von Bodentruppen aus. Wie lange noch? Was ist, wenn es Gaddafis Truppen gelingt, nach Benghasi einzudringen? Werden dann westliche Bomben auf Benghasi gelenkt? Werden westliche Truppen in Benghasi eingesetzt? Was geschieht im umgekehrten Fall, wenn sich die Aufständischen mit Hilfe der westlichen Luftwaffe durchsetzen sollten? Wird dann spätestens vor den Toren der Hauptstadt Tripolis durch westliche Truppen dem Vormarsch der Aufständischen Einhalt geboten, weil die Zivilbevölkerung in der Hauptstadt geschützt werden muss?

Alle diese Fragen sind unbeantwortet, müssen aber beantwortet werden, denn das Ende einer Militärintervention müsste von Anfang an mitbedacht werden. Es sei denn, man legt es tatsächlich darauf an, sich in Libyen festzusetzen. Dieser Verdacht drängt sich förmlich auf. Von Anfang an scheint Regime-Change wie in Afghanistan und im Irak das wahre Ziel des Westens zu sein.

Denn der Nutzen eines Regime-Change wäre beträchtlich. Es winkt der uneingeschränkte Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasressourcen Libyens. Das libysche Öl, die größten Vorkommen Afrikas, haben einen derzeitigen Marktwert von rund 5 Billionen, das Gas von etwa 500 Mrd. Dollar. Mehr noch: Nach einem Regime-Change könnten westliche Mächte wieder Militärbasen einrichten. Das würde den Status Libyens vor 1969 zu Zeiten König Idris wieder herstellen, dessen Stamm der Senussis heute zu den Aufständischen zählt.

Alt bekannte Lügenmuster über angebliche Massenvernichtungswaffen in Diktatorhand machen schon wieder die Runde. Jüngste Meldungen in US-Medien, wonach sich westliche

Stellen besorgt darüber zeigen, dass das Gaddafi-Regime Senfgasbestände gegen die eigene Bevölkerung einsetzen könnte, gehören in diese Kategorie. Etwa 600 km von Tripolis entfernt lagern knapp 10 Tonnen Senfgas in Fässern, um sie unter Aufsicht der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) durch Verbrennung zu vernichten. Libyen hat bereits im Jahr 2004 sämtliche 3.300 Bomben zerstört, in denen es eingesetzt werden könnte. Senfgas auf andere Art und Weise zu transportieren ist extrem schwierig. Die aktuelle Erwähnung der libyschen Massenvernichtungswaffen von interessierter Seite soll einen Kriegsgrund nachliefern. Er ist an den Haaren herbeigezogen.

Während Russland und China ihr Bedauern über den brutalen westlichen Kriegseinsatz in Libyen zum Ausdruck gebracht haben, suchen wir diese Reaktion von der deutschen Regierung, die sich wie die beiden Vetomächte der Stimme im UN-Sicherheitsrat enthalten hatte, vergeblich. Zwar hat die Bundesregierung ihre berechtigte Skepsis gegenüber dem Erfolg des westlichen Krieges unterstrichen, aber ihre Handlungen unterstützen genau diesen Krieg.

Die Bundesregierung hat sämtlichen NATO-Beschlüssen zugestimmt, hat der US-Regierung die uneingeschränkte Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland gestattet und lässt es zu, dass das US-Kommando für Afrika (AFRICOM) in Möhringen bei Stuttgart den Angriff der USA auf Libyen koordiniert. Das Verhalten der Bundesregierung ist nicht nur doppelzünftig, sondern verlogen.

Mit ihrem überflüssigen Angebot Bundeswehrsoldaten für AWACS-Maschinen der NATO im Afghanistankrieg als Kompensation für deren Einsatz im Libyen-Krieg zur Verfügung zu stellen, weitet die Bundesregierung ihre Verstrickung in den Afghanistankrieg aus. Wochen zuvor noch hatte sie Anfragen der USA vehement abgelehnt. Denn diese Einsatzerweiterung wollte damals partout nicht zu ihrer Rhetorik des angeblichen Abzugs aus Afghanistan passen. Überflüssig ist dieses deutsche Angebot deshalb, weil allein die USA über 42 AWACS-Maschinen verfügt, die längst nicht alle im Einsatz sind.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert mit allem Nachdruck,

- die Angriffe westlicher Staaten auf Libyen unverzüglich einzustellen und
- neutrale internationale Vermittler zu bestellen, die am ehesten von der Afrikanischen Union kommen könnten, um die Konfliktparteien in Libyen zu einer unverzüglichen Waffenruhe zu bewegen; die Waffenruhe könnte durch die Afrikanische Union überwacht werden.

Von der Bundesregierung verlangen wir, sich der Distanzierung vom Krieg, wie es die Arabische Liga, Russland und China getan haben, anzuschließen und den USA die Nutzung der Militärbasen und Militäreinrichtungen in Deutschland zu untersagen.

Den Bundestag fordern wir auf, den AWACS-Einsatz im Afghanistankrieg mit deutschen Soldaten abzulehnen.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt die Aktivitäten der Friedensbewegung, die sich in den kommenden Tagen überall im Lande für ein sofortiges Ende des westlichen Angriffs auf Libyen einsetzen.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Lühr Henken (Berlin), Peter Strutynski (Kassel)

Bundesausschuss Friedensratschlag, Germaniastr. 14, 34119 Kassel, Tel.: (0561) 93717974

Spenden: Friedensratschlag, Kt. Nr. 217 001 232; Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53 – Spenden sind steuerlich absetzbar!

Unsere Empfehlung: Libyen-Dossier auf der Website der AG Friedensforschung:

www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/Welcome.html



■ Netzwerk Friedenskooperative · Römerstr. 88 · D-53111 Bonn

An die Presse
20.03.2011

Zum Beginn des Krieges der „Koalition der Willigen“ gegen das Gaddafi-Regime erklärt das Netzwerk Friedenskooperative:

Netzwerk
Friedenskooperative
Förderverein Frieden e.V.
Römerstraße 88
D-53111 Bonn
Tel. +49 (0)2 28/69 29 04
Fax +49 (0)2 28/69 29 06
friedkoop@friedenskooperative.de
www.friedenskooperative.de

Den Krieg gegen Libyen stoppen – Nein in der NATO gefordert

**Weitere Eskalation und zivile Opfer zu befürchten
Flüchtlinge retten – der Bevölkerung politisch und zivil helfen
UN-Resolution ist ein fataler Präzedenzfall**

Der Krieg der „Koalition der Willigen“ gegen das Gaddafi-Regime zeigt schon kurz nach Beginn der Bombardements die Eskalationsgefahren, vor denen viele Stimmen nicht nur aus der Friedensbewegung gewarnt haben.

Unter Inkaufnahme zahlreicher ziviler Opfer in der libyschen Bevölkerung – durch die eigenen Bomben und die Reaktionen des Regimes – wandelt die Koalition den Bürgerkrieg zu einer militärischen Intervention westlicher Staaten mit ungewissen Folgen für die Menschen Libyens und der Gesamtregion. Der als humanitäre Mission begründete Krieg wird im Bündnis mit Autokraten aus der arabischen Liga geführt, die daheim brutal die eigene Bevölkerung unterdrücken – Brüder im Geiste Gaddafis. Auch die jetzigen Kriegsherren auf westlicher Seite haben Gaddafi bis vor kurzem hofiert. Zu Recht wird vor Ort gemutmaßt, dass ihre Motive wenig mit humanitärer Hilfe und sehr viel mit Öl zu tun haben.

Weitere Eskalation und mehr Opfer liegen in der Logik des Krieges. Die westlichen „Helfer“ werden schon bald als Invasoren angesehen werden und die libyschen Aufständischen als von ihnen gesteuert. Bereits jetzt gibt es berechtigte Kritik wegen der zivilen Opfer der Angriffe, z.B. aus der arabischen Liga, Russland und China.

- 2 -

Net-
zwerk

■ **Bankverbindung**
Förderverein Frieden e.V.

■ Kto. 404 1860 400
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67
IBAN: DE89 4306 0967 4041 8604 00
BIC: GENODEM1GLS

Die Rolle der Bundesregierung ist mehr als zwiespältig. Nach der Enthaltung im Sicherheitsrat, die vom Außenminister zum Teil mit Argumenten begründet wurde, die von der Friedensbewegung abgekupfert schienen, folgt aus bündnispolitischen Gründen ein Eiertanz der Kanzlerin um indirekte Kriegsbeteiligung durch Entlastung der NATO in Afghanistan (AWACS) und Nutzung der deutschen Stützpunkte für die Kriegsführung.

Bündnissolidarität sollte kein Grund sein, falsche Entscheidungen letztendlich doch mitzutragen und Helfershelfer zu sein. Deshalb muss die Bundesregierung bei den laufenden NATO-Beratungen mit einem Veto gegen den Kriegseintritt des Bündnisses stimmen und die Nutzung der US-Stützpunkte dafür verweigern.

Innenpolitisch ist anscheinend eine Art „Pazifismusdebatte“ gegenüber und innerhalb der schwarz-gelben Koalition entbrannt.

Durchaus laute Stimmen aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern eigenes kriegerisches Eingreifen auf Seiten der Aufständischen. Für pazifistisch orientierte Menschen ergibt sich vielleicht ein mulmiges Gefühl, scheinbar mit Guido Westerwelle in einem Boot zu sitzen.

Die Kriegsbefürworter folgen dabei dem Duktus der UN-Resolution, die ein verhängnisvoller Präzedenzfall für künftige militärische Interventionen werden könnte. Anders als noch 1990 nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait lag in Libyen keine Aggression gegen einen anderen Staat vor. Nunmehr scheinen Kriege gegen beliebige Regierungen möglich, wenn die Mehrheitsverhältnisse im UN-Sicherheitsrat demnach sind und als „humanitäre Intervention“ begründet werden können. Theoretisch wären jetzt also etwa 50 Interventionen angesagt, praktisch greifen die bekannten Doppelstandards, die sich aus wirtschaftlichen Interessen und innenpolitischer Meinungsmache ergeben.

Eine Sympathie für das Regime Gaddafis kann es nicht geben. In Libyen ging es den Aufständischen wie zuvor in Tunesien und Ägypten um die Beseitigung eines Despoten, um mehr Gerechtigkeit und Freiheit, um die Respektierung ihrer Menschenrechte und eine Entwicklungsperspektive für sich und ihre Region.

Statt durch Krieg wäre ihnen aber besser durch rasches ziviles Eingreifen, Evakuierung und Aufnahme der vielen Flüchtlinge und Gestrandeten, sowie die internationale Isolation des Regimes geholfen, ähnlich, aber konsequenter als damals beim Apartheid-Regime in Südafrika.

Manfred Stenner

Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative



Bund für Soziale Verteidigung

Gegen jegliche Gewalt - Erklärung zu Libyen

Die Mitgliederversammlung des „Bund für Soziale Verteidigung“, die am 20. März 2011 in Minden / Westfalen stattfand, nahm mit Entsetzen die Bombardierungen Libyens durch Frankreich, Großbritannien und die USA und deren Unterstützung durch andere Länder zur Kenntnis. Nach den weitgehend gewaltfreien Aufständen in Tunesien und Ägypten sind in einer Reihe weiterer Länder des Nahen und Mittleren Ostens Volksbewegungen entstanden, die sich gegen ihre diktatorischen Regierungen erheben. Die Versuche der gewaltsamen Niederschlagung dieser Aufstände – nicht nur in Libyen, sondern auch in Bahrain, Jemen und anderen Ländern - beobachten wir mit großer Sorge und sehen uns solidarisch mit all jenen Menschen, die ohne Waffen für Demokratisierung eintreten.

Das militärische Eingreifen in Libyen wird als ein effektiver Weg dargestellt. Dabei wird ausgeblendet, dass durch die Bombardierungen weitere unbeteiligte Zivilisten sterben und der innerlibysche Konflikt durch die Eskalation der Gewalt mit Gewissheit vertieft werden. Stattdessen sollte durch Angebote der Vermittlung und durch zivile Mittel (z.B. Ölboykott, Asyl für desertierende Soldaten) versucht werden, die Situation zu deeskalieren und das Leben der Aufständischen zu schützen. Uns ist nicht bekannt, dass solche Versuche ernsthaft unternommen wurden. Militärgewalt ist einmal mehr nicht das letzte Mittel (ultima ratio), sondern wurde leichtfertig und ohne Bedenken der längerfristigen Konsequenzen beschlossen.

Wir stellen auch fest, dass der Bürgerkrieg in Libyen mit Waffen geführt wird, die von NATO-Staaten geliefert wurden. Wir fordern das vollständige Verbot von Waffenexporten. Die bisherigen Restriktionen bei Rüstungsexporten sind, wie sich jetzt wieder erweist, völlig unzureichend.

Wir begrüßen, dass die Bundesrepublik im Weltsicherheitsrat den militärischen Maßnahmen nicht zugestimmt hat. Wir erwarten, dass die Bundesregierung sich jetzt für die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen einsetzt und Bürgerkriegsflüchtlingen unbürokratisch Asyl gewährt.

Bund für Soziale Verteidigung: Schwarzer Weg 8, 32423 Minden, Tel. 0571 / 29 456
E-Mail: info(at)soziale-verteidigung.de

18. März 2011

Hans Georg Ehrhart

Eingreifen in Libyen, aber wie?

In Libyen herrscht Bürgerkrieg. Friedliche Demonstrationen für mehr Demokratie und Freiheit sind zu einem bewaffneten Konflikt eskaliert, dessen Ausgang ungewiss ist. Angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse war es wahrscheinlich, dass die Anhänger Muammar al-Gaddafis gewinnen – mit schlimmen Folgen für seine Gegner. Vor diesem Hintergrund hat der UNO-Sicherheitsrat in der Resolution 1973 eine Flugverbotszone über Libyen beschlossen. Ist die internationale Gemeinschaft in der Pflicht einzugreifen? Die Antwort kann nur ein eindeutiges Ja sein. Die entscheidende Frage ist jedoch: Wie denn genau?

Bislang hatte die UNO in Resolution 1970 verschiedene Sanktionen gegen Libyen verhängt. Sie reichen von einem Waffenembargo über gezielte Sanktionen gegen Gaddafi, seine Familie und wichtige Anhänger bis zur Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofs, wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid zu ermitteln. Resolution 1973 erlaubt nun ein militärisches Eingreifen in Form der Einrichtung einer Flugverbotszone und gezielter Luftschläge. Ist ein militärisches Eingreifen aber sinnvoll? Verschiedene Gründe sprechen eher dagegen. Sie sollten auf jeden Fall mit bedacht werden:

1. Es besteht weder in der UNO noch in der EU Einigkeit über das politische Ziel einer solchen Aktion. Soll das Gaddafi-Regime beseitigt werden? Dann stellt sich die Frage was danach kommt und wie die Zukunft des Landes gestaltet werden soll. Auf jeden Fall dürfte ein langes internationales Engagement vor Ort notwendig sein. Oder soll die Opposition geschützt werden? Dann stellt sich die Frage wovon und wie lange? Das Flugverbot über dem Irak dauerte über zehn Jahre und behinderte die Gewaltherrschaft Saddam Husseins nicht wesentlich.
2. Die Einrichtung einer Flugverbotszone ist auch aus anderen Gründen problematisch. Die Gaddafi-Anhänger könnten Geiseln nehmen und als menschliche Schutzschilde missbrauchen, Flugabwehrbatterien z.B. in die Nähe von Krankenhäusern stationieren und Opfer der Luftschläge medial zur Schau stellen. Zivile Opfer, also so genannte Kollateralschäden, wären unvermeidbar.
3. Auch Gaddafi hat militärische Optionen, die bedacht werden müssen. Er verfügt über schultergestützte SAM-7 Boden-Luft-Raketen, sogenannte MANPADS. Die ideale Waffe, um Flugzeuge jeder Art – auch Zivilmaschinen – abzuschießen. Sie können zur Flugabwehr ebenso eingesetzt werden wie für Terroranschläge außerhalb des Landes. Gaddafi hat Erfahrung in der Unterstützung des internationalen Terrorismus. Er weiß also auf dieser Klaviatur zu spielen.
4. Die Durchsetzung der Flugverbotszone könnte eine Bodeninvasion erforderlich machen. Diese ist zwar vom Sicherheitsrat ausdrücklich ausgeschlossen worden. Doch zeigt die Erfahrung, dass Bürgerkriege nicht aus der Luft entschieden werden, sondern am Boden. Ist die internationale Gemeinschaft bereit, auch diesen Schritt zu tun, sollte sich die Sicherheitslage in Libyen nicht beruhigen? Wie viele eigene Tote ist sie bereit zu akzeptieren? Es geht letztlich um die Frage, ob die internationale Gemeinschaft willens ist, mit aller Konsequenz für die Aufständischen in Libyen militärisch in einen Bürgerkrieg einzugreifen.

5. Der Einsatz von militärischen Zwangsmitteln läuft vor allem auf das Engagement der USA, Frankreichs und Großbritanniens hinaus. Deren Image in der arabischen Welt ist angesichts der jüngeren (Irak, Afghanistan) und älteren Vergangenheit (Kolonialismus) eher negativ. Die Anhänger Gaddafis werden alles versuchen, die westlichen Akteure als Kreuzritter und Besatzer zu stigmatisieren.
6. Die Lage in der Region könnte eskalieren. Während die Arabische Liga den UNO-Beschluss unterstützt, gibt es in der Afrikanischen Union keinen Konsens für eine Flugverbotszone. Gaddafi hat durchaus auch Anhänger, insbesondere in einigen subsaharischen Ländern. Ägypten liefert angeblich heimlich Waffen an die libyschen Aufständischen. Zudem ist unklar, wie sich die Krise in Bahrain entwickelt. Sie könnte von einem lokalen sunnitisch-schiitischen Konflikt zu einem regionalen Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran eskalieren.

Die internationale Gemeinschaft ist in einem großen Dilemma. Sie muss eigentlich militärisch eingreifen, doch könnten die Folgen so dramatisch sein, dass sie es doch nicht tun sollte. Daraus folgt aber nicht, politisch passiv zu bleiben. Die internationale Gemeinschaft muss Gaddafi und seine Unterstützer in die Schranken weisen. Die Sanktionen sollten weiter verschärft werden, einschließlich der Verhängung eines vollständigen Öl- und Gasembargos. Die Opposition sollte mit allen erlaubten Mitteln unterstützt, humanitär Hilfe gewährleistet werden. Europa muss sich für politisch Verfolgte aus Libyen öffnen und dessen fragile Nachbarstaaten Ägypten und Tunesien unterstützen.

Letztlich ist es aber an den Libyern, ihr Recht auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Dies sollte in einem von der UNO begleiteten politischen Prozess geschehen. Drei Schritte sind dafür notwendig: ein sofortiger Waffenstillstand, Gespräche zwischen den Konfliktparteien, Entsendung einer hauptsächlich von arabischen Staaten gestellten UNO-Blauhelmtuppe zur Absicherung des Waffenstillstands.



Kontakt: Dr. Hans-Georg Ehrhart

E-mail: Ehrhart@ifsh.de

<http://www.wdr2.de/politik/klartext/libyen190.html>

WDR 2 Klartext zu Luftangriffen auf Libyen:

Keine Strategie ist auch eine Strategie

Von Andreas Zumach

Nach den Luftangriffen auf Libyen zeigt sich, dass keiner der Beteiligten die Operation "Odyssee Morgendämmerung" zu Ende gedacht hat, meint Andreas Zumach im WDR 2 Klartext.

Frankreich, Großbritannien und die USA haben mit ihren Luftangriffen vom Wochenende auf Waffen und Infrastruktur der libyischen Regierungstreitkräfte wahrscheinlich verhindert, dass diese Benghazi erobern und dort ein Blutbad anrichten. Damit war das dringlichste humanitäre Ziel erreicht. Doch wie soll es weitergehen? Darüber herrscht unter den an der Militäraktion beteiligten westlichen Staaten sowie den arabischen Nachbarländern Libyens große Uneinigkeit.



Die Skulptur einer Faust, die ein US-Kampfflugzeug zerquetscht, steht vor einem Wohnhaus der Gaddafis (Archivaufnahme 2004)

Soll Ghaddafi gestürzt werden? Das hatten zwar die EU und US-Präsident Obama verlangt, nicht aber der UNO-Sicherheitsrat in seiner Resolution zur Autorisierung der militärischer Maßnahmen. Was geschieht, wenn tatsächliche tausende Stammesangehörige dem Aufruf Ghadhafis folgen und mit einem Ölweig in der Hand nach Benghazi pilgern? Oder wenn die Oppositionskräfte aus dem Osten nach Tripolis marschieren?

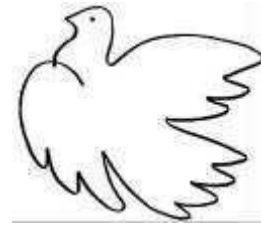
Es zeigt sich, dass keiner der Beteiligten die Operation "Odyssee Morgendämmerung" zu Ende gedacht hat. Weil alle vorrangig aus innenpolitischen Motiven und Kalkülen handelten. Frankreichs Präsident Sarkozy preschte politisch und militärisch vor, um sein miserables Image zu Hause wie in den ehemaligen nordafrikanischen Kolonien zu verbessern.

Obama vollzog seinen abrupten Schwenk hin zu einem militärischen Maßnahmen unter dem Druck des Kongresses. Und die 17 Regimes der Arabischen Liga, die zunächst eine Flugverbotszone über Libyen forderten, jetzt aber die Angriffe westlicher Luftstreitkräfte vom Wochenende als maßlos kritisieren, handeln in beiden Fällen mit dem Kalkül, die Opposition im eigenen Land zu beruhigen. Auch das Nein von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle zu militärischen Maßnahmen erfolgte wesentlich aus innenpolitischen, wahltaktischen Motiven. Durchaus möglich aber, dass sich ihre vorgebrachten Bedenken in der Sache als richtig erweisen werden.

Sofortiger Stopp der Angriffe auf Libyen!

Kundgebung auf dem Holzmarkt

Mittwoch, 23. März 2011 - 18 Uhr



Jahrelang war der libysche Diktator Gaddafi ein Freund des Westens, dem etwa Schröder, Westerwelle und Sarkozy gerne die Hand schüttelten und mit ihm Geschäfte machten. Alleine Deutschland hat 2009 Waffen für 53,2 Millionen Euro nach Libyen geliefert. Dafür gab es Öl, und Gaddafi stoppte brutal die Flüchtlingsströme nach Europa. Im Zuge der Demokratiebewegungen in der arabischen Welt, die etwa von der EU zuerst sehr skeptisch beäugt wurden, kam es auch in Libyen zu Protesten, die allerdings nicht friedlich blieben, sondern sich zu einem bewaffneten Aufstand entwickelten. Wer dort genau mit welchen Zielen kämpft, ist unklar. Gaddafis Regime reagierte mit brutalen Angriffen auch auf die Zivilbevölkerung. Obwohl das Völkerrecht eine militärische Einmischung ausländischer Mächte in einen Bürgerkrieg verbietet, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat am 17. März die Resolution 1973, mit der die Errichtung und Durchsetzung einer Flugverbotszone in Libyen autorisiert wurde, um die Bevölkerung vor Luftschlägen des Regimes zu schützen. Doch die Resolution geht weit über dieses Ziel hinaus: sie öffnet den westlichen Akteuren Tür und Tor, einen umfassenden Kriegseinsatz gegen Libyen zu führen. Diplomatische Vermittlungsbemühungen wurden abgeblockt. Sofort haben Frankreich, Großbritannien und die USA gemeinsam mit anderen Ländern, unter anderem mit den undemokratischen Regimen von Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten begonnen, Libyen zu bombardieren. Angegriffen wurden nicht nur Flugplätze und Luftabwehrstellungen, sondern auch Waffendepots, Panzer und Militärlastwagen. Inwieweit die von libyscher Seite kritisierten Angriffe auf Brücken und medizinische Einrichtungen der Wahrheit entsprechen, lässt sich nicht zweifelsfrei klären. Aber jeder Krieg – vor allem mit Luftangriffen und Marschflugkörpern – führt auch zu zivilen Opfern.

In Deutschland, das sich bei der Abstimmung über Resolution 1973 im Sicherheitsrat enthalten hat, hat eine geradezu bizarre Debatte eingesetzt. Während die Bundesregierung von den Befürwortern einer militärischen Intervention aus SPD und Grünen für ihre Enthaltung kritisiert wird, forderte nur die Linke eine Ablehnung. Die Bundesregierung beeilte sich zu versichern, „im Prinzip“ stehe man voll und ganz hinter der Resolution und den Angriffen auf Libyen. Man sei deshalb selbstverständlich bereit den Krieg – wenn auch nicht mit Soldatinnen und Soldaten – auf andere Arten zu unterstützen. Dabei wird wieder behauptet, durch militärische Interventionen könnte die Situation der Bevölkerung verbessert und Demokratie geschaffen werden – die Beispiele Afghanistan und Irak zeigen deutlich, dass dies nicht funktioniert.

Betrachtet man zudem die verschiedenen möglichen Szenarien, so bestätigt sich die Befürchtung, dass eine Ausweitung der westlichen Kriegshandlungen und damit eine weitere Eskalation zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr wahrscheinlich sind – bis hin zum möglichen Einsatz von Bodentruppen. Der Westen ist schon jetzt eine aktive Kriegspartei, mit einer Flugverbotszone hat dies rein gar nichts mehr zu tun. Eine solche Flugverbotszone war jedoch eigentlich die äußerste Maßnahme, die von der libyschen Opposition als akzeptable äußere Einmischung in diesen internen Konflikt erachtet wurde, dem Akteur, in dessen Namen der Westen gerade Krieg zugunsten seiner Ölinteressen führt.

Wir fordern statt eines Kriegseinsatzes:

Stopp aller Waffenlieferungen nach Libyen

einen Waffenstillstand und das Eintreten für eine Verhandlungslösung

Embargo des Ölhandels mit Libyen, da Gaddafis Macht an seinen Ölmillionen hängt

keine deutsche Beteiligung am Krieg, auch nicht indirekt durch Entlastung in Afghanistan oder anderswo

Schließung der US-Kommandozentrale AFRICOM in Stuttgart, denn dort wird der Krieg koordiniert

restriktionslose Hilfe für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in der Region statt brutale Abschottung der EU- Außengrenzen durch FRONTEX

Friedensplenum Antikriegsbündnis Tübingen (www.friedensplenum-tuebingen.de)

Informationsstelle Militarisierung Tübingen (www.imi-online.de)

Claus Schreer für das Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus :

NATO-Intervention im Namen des Volkes?

Frankreich, Großbritannien und die USA haben am Samstag mit Luftangriffen den NATO-Krieg gegen Libyen begonnen. Die ersten Einsätze flogen französische und britische Kampfflugzeuge. Von US-Kriegsschiffen und U-Booten im Mittelmeer werden mit Hunderten Tomahawk-Marschflugkörpern Ziele in Tripolis und anderen Küstenstädten bombardiert. Dabei wurden schon in der erste ersten Angriffswelle zahlreiche Zivilpersonen getötet.

Deutschland ist wieder dabei

Abgeordnete der SPD und der Grünen äußerten sich empört darüber, dass die Bundesregierung der Kriegsermächtigung des Weltsicherheitsrats nicht zugestimmt hatte. Doch die offizielle Enthaltensamkeit Deutschlands ist bestenfalls nur die halbe Wahrheit.

Zwar sollen keine Bundeswehrtruppen eingesetzt werden, doch die Bundesregierung stehe fest an der Seite ihrer NATO-Verbündeten, sagte Kanzlerin Merkel. Der „Koalition der Willigen“ wünschte sie ausdrücklich „Erfolg“ bei ihrer Militärintervention.

Vor allem aber: Deutschland ist, wie schon bei den Angriffen gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak wieder die militärische Drehscheibe für den Krieg. Die Befehlszentrale für die US-Angriffe hat ihren Sitz in Stuttgart-Möhringen. Das Afrika-Regionalkommando des Pentagon (AFRICOM), steuert und koordiniert alle derzeitigen Einsätze der US-Streitkräfte in Libyen. Das US-AFRICA COMMAND gab schon am ersten Tag der Angriffe bekannt, dass nicht nur die libyschen Luftstreitkräfte „ausgeschaltet“, sowie Flugplätze und Luftabwehrstellungen bombardiert werden, sondern ebenso auch Gaddafis Bodentruppen. Zum Einsatz kämen auch amerikanische Tarnkappenbomber, die auf der US-Airbase Spangdahlem stationiert sind. Ebenfalls in Deutschland befindet sich die Kommandozentrale für die NATO AWACS-Flugzeuge, die jetzt im Einsatz sind.

Grünes Licht von der UNO: Ein Freibrief zum Krieg.

Die vom Weltsicherheitsrat über Libyen verhängte Flugverbotszone mit der Ermächtigung, „alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung des Flugverbots durchzusetzen“, dient der NATO als Freibrief zum Krieg. Der Weltsicherheitsrat degradiert sich damit zum Erfüllungsgehilfen derjenigen Staaten, die Gaddafi nicht mehr als zuverlässigen Sachwalter ihrer Interessen ansehen. und jetzt ihre Chance wittern, mit militärischer Gewalt einen Machtwechsel in Libyen herbeizuführen – ein glatter Verstoß gegen die UN-Charta. Die Entscheidung der sogenannten Internationalen Gemeinschaft wurde von zehn Mitgliedsländern im Sicherheitsrat getroffen, fünf enthielten sich der Stimme. Die Flugverbotsforderung der Arabischen Liga, auf die sich die NATO-Staaten gerne berufen, hatte nur eine Zustimmung von 9 der 22 Mitgliedsländer.

Die Resolution verlangt jedoch vor allem eine „sofortige Waffenruhe und ein Ende der Gewalt, sowie aller Angriffe auf Zivilisten“. Das gilt selbstverständlich für beide Konfliktparteien. Die NATO will diesen Beschluss jedoch nur gegen die Gaddafi-Truppen durchsetzen. Sie positioniert sich damit eindeutig gegen den für beide Seiten geltenden Waffenstillstand und gegen eine Verhandlungslösung. Sie führt einen Krieg, der wahrscheinlich katastrophalen Folgen haben und die Zahl der zivilen Opfer dramatisch erhöhen wird.

Die guten Diktatoren...

Es kann kaum einen Zweifel geben, dass ebenso wie beim Afghanistan- und Irakkrieg auch hinter dem Krieg gegen den libyschen Diktator wesentlich handfestere Gründe stehen, als die vorgeschobene "humanitäre" Sorge um den Schutz von Menschenleben oder die Verwirklichung demokratischer Freiheiten.

Niemand von denen, die jetzt Libyen angegriffen haben, hat bisher Militärinterventionen in Kuwait, Saudi-Arabien, im Jemen oder Bahraingefordert, um die dortigen Diktatoren zu Fall bringen. Die Protestbewegungen in diesen Ländern erhalten, trotz all der Lippenbekenntnisse für Menschenrechte, für Demokratie und freie Wahlen, keinerlei Unterstützung durch die sogenannte „Internationale Gemeinschaft“. Andere Interessen – andere Moral!

In Bahrain befindet sich das Hauptquartier der Fünften Flotte, die zentrale Basis für die See- und Luftstreitkräfte der USA im Nahen und Mittleren Osten. Panzertruppen Saudi-Arabiens sind auf dem Perlenplatz aufgefahren, um das despotische Herrscherhaus und die US-Basis vor den friedlichen Demonstranten zu schützen. Der Westen hat damit keinerlei Problem. In Kuwait unterhalten die USA ihren größten Truppenstützpunkt in dieser Region. Auch er darf unter keinen Umständen gefährdet werden.

Und Saudi-Arabien, das seine Herrschaft mit Folter, Verstümmelungen und Exekutionen sichert, ist weltweit das einzige Land, das den Ausfall der Ölförderung in anderen Förderländern oder eine erhöhte Ölnachfrage ausgleichen kann. Diese Garantie einer zuverlässigen Ölversorgung des Westens macht die Saudischen Herrscher unangreifbar.

...und der Böse in Libyen.

Libyen hat eine Demokratisierung und die gerechte Verteilung des Reichtums dringend nötig, aber darum geht es den westlichen Großmächten ganz und gar nicht. Das Land ist gerade jetzt, da die Vorherrschaft der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten äußerst gefährdet ist, geostrategisch von größter Bedeutung, sowohl für die USA als auch für die EU.

Libyen verfügt außerdem über die größten Öl-Reserven Afrikas. 70 Prozent seiner Öl- und Gasexporte gehen in die EU. Hauptabnehmer ist Italien, gefolgt von Deutschland. Im Bürgerkrieg mit den Rebellen ist der Öllexport jedoch zusammengebrochen.

Gaddafi ist, obwohl er Libyen seit 2004 für ausländische Investoren geöffnet hatte, weiterhin ein sehr unsicherer Kantonist. Die staatlich gelenkte Wirtschaft mit Importverboten und Preiskontrollen entspricht ganz und gar nicht den neoliberalen Prinzipien des Westens. Ohne den Aufstand hätte man sich allerdings auch in Zukunft mit Gaddafi arrangieren können. Immerhin hat er Libyen zum vorgeschobenen Bollwerk für die Flüchtlingsabwehr um die „Festung Europa“ gemacht. Libyen galt, ähnlich wie Ägypten, als Garant der „Stabilität“. Im November 2010 forderte er jedoch von der EU fünf Milliarden Euro für seine Unterstützung bei der Eindämmung illegaler Einwanderungen nach Europa.

Von 2004 bis 2010 lieferten Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland Rüstungsgüter im Wert von über einer Milliarde Euro an das Gaddafi-Regime. Der Europäische Rüstungskonzern EADS lieferte ab 2009 Abschussanlagen und Panzerabwehrraketen. Die letzte Teillieferung wurde erst jetzt am 28. Februar 2011 gestoppt.

Der Bürgerkrieg veränderte die Lage. Nicht nur die Ölversorgung war gefährdet, Europa sah sich zusätzlich auch noch von einer Flüchtlingswelle aus Afrika „bedroht“.

Mit der bewaffneten Aufstandsbewegung, die den Nordosten Libyens unter ihre Kontrolle gebracht hatte, bot sich die Chance den Jahre lang hofierten „Freund“ in Tripolis loszuwerden. An der Ostküste Libyens liegen die bedeutendsten Umschlagshäfen für den Öl- und Gasexport, hier laufen die Öl- und Gaspipelines aus dem südlich gelegenen Sirte Becken zusammen. Die liebevoll gelobten "Freiheitskämpfer" – die Clan- und Stammeschefs dieser Region – haben

bisher die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft mit Gaddafi geteilt. Jetzt wollen sie offenbar alleinige Nutznießer werden. Dem Westen drohten sie, alle Öllieferungen einzustellen, falls sie von ihm keine militärische Unterstützung bekämen.

Äußerst beunruhigt sind die in Libyen stark engagierte europäischen Energie-Multis BP, TOTAL, ENI und RWE. Sie setzen auf einen Regimewechsel, der ihnen den Zugriff auf die Öl- und Gasressourcen Libyens ermöglicht.

Frankreich und Großbritannien, die sich für die Militärintervention in Libyen besonders stark gemacht haben, verfolgen offensichtlich den Plan, den heute noch weitgehend verstaatlichten Öl- und Gassektor unter EU-Kontrolle zu bekommen und notfalls das Land zu teilen, wenn es nicht gelingt, den Aufständischen den Weg nach Tripolis frei zuschießen und Gaddafi zu stürzen.

Es gibt keinen Grund zur Sympathie für das Gaddafi-Regime, aber ebenso wenig Grund den NATO-Krieg zu unterstützen.

Die Zeit, in der Gaddafi als Verfechter eines "arabischen Sozialismus" in der Weltpolitik eine antiimperialistische Rolle spielte, ist seit langem vorbei. Heute regiert er mit ebenso despotischen Mitteln wie die inzwischen entmachteten Diktatoren in Tunesien und Ägypten oder die Herrscher in Saudi-Arabien und Bahrain.

Den Krieg der NATO zu unterstützen, heißt aber den Bock zum Gärtner zu machen. Die Interventionsmächte haben nichts anderes im Sinn als die Absicherung ihrer Wirtschafts- und Vorherrschaftsinteressen im Nahen und Mittleren Osten. Demokratische und soziale Veränderungen wird die Bevölkerung Libyens mit der Hilfe des Westens nicht durchsetzen können. Der Krieg wird einer Verhandlungslösung zwischen den Konfliktparteien und jeder progressiven Entwicklung in Libyen den Dolchstoß versetzen.

Claus Schreer

Krieg um Libyen – „humanitäre Hilfe“?

Wie das so geht, wenn Kriege vorbereitet und durchgeführt werden: **Die Wahrheit bleibt auf der Strecke.** Frankreich, Großbritannien und die USA lassen ihre Bomben und Granaten auf Libyen herunterprasseln. Um Menschen zu retten? Wie kann denn das auf diese Weise geschehen? Gestürzt werden soll das Regime Gaddafi, zweifellos ist es despotisch. Aber es gibt noch andere Despoten in Nordafrika und am Golf. Auf deren Beifall für den Krieg gegen Libyen beruft sich jetzt die Militäraktion „Odyssey Dawn“ („Odyssee Morgendämmerung“) – ein zynischer Name für eine brutale Wirklichkeit.

Der kriegerische Zugriff wurde eingeleitet unter der irreführenden Bezeichnung „Errichtung einer Flugverbotszone“, so als solle der Luftraum sauber gehalten werden. Tatsächlich handelt es sich um ein kriegerisches Unternehmen, das die Machtverhältnisse durchaus bodenhaftend verändern will. Hauptverfechter dieser militärischen Intervention unter den Staatsmännern war der französische Staatspräsident Sarkozy, der bis vor kurzem noch enge Beziehungen zu Gaddafi unterhielt. **Unglaublich ist die Behauptung, mit dem Militärschlag solle das Leben der Zivilisten Libyens gegen den Despoten Gaddafi geschützt werden; es geht vielmehr um geopolitische Kontrollmacht über Libyen und dessen Ölressourcen.**

Großbritannien und Frankreich knüpfen damit an alte Gewohnheiten an, als frühere Kolonialmächte in Nordafrika und im arabischen Raum und als kriegerische Eingreifer 1956 im Suezkonflikt – damals hatte Ägypten die „private“ Kanalgesellschaft (gegen Entschädigung) enteignet und in Staatseigentum überführt. Beim Suezkonflikt 1956 bekamen Großbritannien und Frankreich nicht die Unterstützung der USA und mussten ihre Intervention deshalb aufgeben; diesmal wird der Zugriff in Libyen von den USA gebilligt und unterstützt und angeleitet, offenbar nach einigem Zögern.

Ihre Waffenarsenale verdanken alle Despoten im arabischen Raum auch der Lieferfreude und dem Geschäftssinn westlicher Länder, auch das Gaddafi-Regime. Jetzt tritt Verschleiß dieser Ware ein; demnächst stehen neue Bestellungen neuer Herrschaftsclans an. **Krieg als Konjunkturförderung, in aller Regel kostet das die Bevölkerung in den Ländern, denen solcherart „humanitäre Hilfe“ geleistet wird, noch mehr Opfer als ihre inneren Konflikte.**

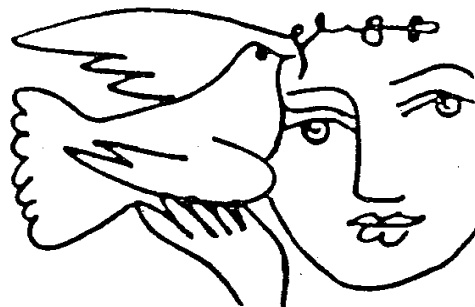
Überall in den Ländern Nordafrikas und am Golf begehren Menschen auf gegen despotische Herrschaft und gegen soziales Elend. Ihnen wird mit Bomben und Granaten nicht geholfen. Gewalttätiger Zugriff von außen her bringt neue Gewalt hervor.

Westliche Brutalo-Staatsmänner in Kumpanei mit arabischen Despoten sind alles andere als Bürger einer „zivilgesellschaftlichen“ Zukunft. Wer etwas tun will für Menschenrechte und Demokratie in Nordafrika und am Golf, muss **NEIN sagen zur ölgierigen und kriegerischen Machtpolitik westlicher Staaten. NEIN auch zum blutigen internationalen Geschäft der Rüstungswirtschaft.**

**Mahnwache mit dem Soziologen Dr. Arno Klönne
Freitag, 25. März – 18:30 Uhr - Rathausplatz Paderborn**

Krieg gegen Libyen sofort stoppen!

**Deutsche Verlogenheit
beenden!
US-Militäreinrichtungen
schließen!**



Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Selbst wer geglaubt hatte, mit der Einrichtung einer Flugverbotszone unblutig und in kurzer Zeit Angriffe auf die libysche Zivilbevölkerung verhindern zu können, muss sich bitter getäuscht fühlen. Nicht nur, dass Massenbombardements mit US-Marschflugkörpern und aus Tarnkappenbomben Schäden unter der libyschen Zivilbevölkerung anrichten, nein, sie führen auch zur Ausweitung und Intensivierung militärischer Aktionen der Angegriffenen. Das vorgebliche Ziel der alliierten Invasoren, einen Waffenstillstand zwischen den libyschen Konfliktparteien herbeibomben zu wollen, ist schon im Ansatz gescheitert.

Eines ist jetzt schon sicher: Die Fortsetzung der westlichen Bombenangriffe wird den Blutzoll in Libyen weiter steigern. Hinzu kommt, dass der Konflikt nicht aus der Luft entschieden wird, sondern am Boden. Wir fragen: Wo liegt die Grenze des westlichen Kriegseinsatzes? Bisher ist der Einsatz von Bodentruppen durch die UN-Resolution 1973 (2011) ausgeschlossen. Auch die US-Regierung schließt einen Einsatz von Bodentruppen aus. Wie lange noch? Was ist, wenn es Gaddafis Truppen gelingt, nach Benghasi einzudringen? Werden dann westliche Bomben auf Benghasi gelenkt? Werden westliche Truppen in Benghasi eingesetzt? Was geschieht im umgekehrten Fall, wenn sich die Aufständischen mit Hilfe der westlichen Luftwaffe durchsetzen sollten? Wird dann spätestens vor den Toren der Hauptstadt Tripolis durch westliche Truppen dem Vormarsch der Aufständischen Einhalt geboten, weil die Zivilbevölkerung in der Hauptstadt geschützt werden muss?

Alle diese Fragen sind unbeantwortet, müssen aber beantwortet werden, denn das Ende einer Militärintervention müsste von Anfang an mitbedacht werden. Es sei denn, man legt es tatsächlich darauf an, sich in Libyen festzusetzen. Dieser Verdacht drängt sich förmlich auf. Von Anfang an scheint Regime-Change wie in Afghanistan und im Irak das wahre Ziel des Westens zu sein.

Denn der Nutzen eines Regime-Change wäre beträchtlich. Es winkt der uneingeschränkte Zugriff auf die Erdöl- und Erdgasressourcen Libyens. Das libysche Öl, die größten Vorkommen Afrikas, haben einen derzeitigen Marktwert von rund 5 Billionen, das Gas von etwa 500 Mrd. Dollar. Mehr noch: Nach einem Regime-Change könnten westliche Mächte wieder Militärbasen einrichten. Das würde den Status Libyens vor 1969 zu Zeiten König Idris wieder herstellen, dessen Stamm der Senussis heute zu den Aufständischen zählt.

Alt bekannte Lügenmuster über angebliche Massenvernichtungswaffen in Diktatorhand machen schon wieder die Runde. Jüngste Meldungen in US-Medien, wonach sich westliche

Stellen besorgt darüber zeigen, dass das Gaddafi-Regime Senfgasbestände gegen die eigene Bevölkerung einsetzen könnte, gehören in diese Kategorie. Etwa 600 km von Tripolis entfernt lagern knapp 10 Tonnen Senfgas in Fässern, um sie unter Aufsicht der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) durch Verbrennung zu vernichten. Libyen hat bereits im Jahr 2004 sämtliche 3.300 Bomben zerstört, in denen es eingesetzt werden könnte. Senfgas auf andere Art und Weise zu transportieren ist extrem schwierig. Die aktuelle Erwähnung der libyschen Massenvernichtungswaffen von interessierter Seite soll einen Kriegsgrund nachliefern. Er ist an den Haaren herbeigezogen.

Während Russland und China ihr Bedauern über den brutalen westlichen Kriegseinsatz in Libyen zum Ausdruck gebracht haben, suchen wir diese Reaktion von der deutschen Regierung, die sich wie die beiden Vetomächte der Stimme im UN-Sicherheitsrat enthalten hatte, vergeblich. Zwar hat die Bundesregierung ihre berechtigte Skepsis gegenüber dem Erfolg des westlichen Krieges unterstrichen, aber ihre Handlungen unterstützen genau diesen Krieg.

Die Bundesregierung hat sämtlichen NATO-Beschlüssen zugestimmt, hat der US-Regierung die uneingeschränkte Nutzung ihrer Militärbasen in Deutschland gestattet und lässt es zu, dass das US-Kommando für Afrika (AFRICOM) in Möhringen bei Stuttgart den Angriff der USA auf Libyen koordiniert. Das Verhalten der Bundesregierung ist nicht nur doppelzünftig, sondern verlogen.

Mit ihrem überflüssigen Angebot Bundeswehrsoldaten für AWACS-Maschinen der NATO im Afghanistankrieg als Kompensation für deren Einsatz im Libyen-Krieg zur Verfügung zu stellen, weitet die Bundesregierung ihre Verstrickung in den Afghanistankrieg aus. Wochen zuvor noch hatte sie Anfragen der USA vehement abgelehnt. Denn diese Einsatzerweiterung wollte damals partout nicht zu ihrer Rhetorik des angeblichen Abzugs aus Afghanistan passen. Überflüssig ist dieses deutsche Angebot deshalb, weil allein die USA über 42 AWACS-Maschinen verfügt, die längst nicht alle im Einsatz sind.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag fordert mit allem Nachdruck,

- die Angriffe westlicher Staaten auf Libyen unverzüglich einzustellen und
- neutrale internationale Vermittler zu bestellen, die am ehesten von der Afrikanischen Union kommen könnten, um die Konfliktparteien in Libyen zu einer unverzüglichen Waffenruhe zu bewegen; die Waffenruhe könnte durch die Afrikanische Union überwacht werden.

Von der Bundesregierung verlangen wir, sich der Distanzierung vom Krieg, wie es die Arabische Liga, Russland und China getan haben, anzuschließen und den USA die Nutzung der Militärbasen und Militäreinrichtungen in Deutschland zu untersagen.

Den Bundestag fordern wir auf, den AWACS-Einsatz im Afghanistankrieg mit deutschen Soldaten abzulehnen.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag unterstützt die Aktivitäten der Friedensbewegung, die sich in den kommenden Tagen überall im Lande für ein sofortiges Ende des westlichen Angriffs auf Libyen einsetzen.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Lühr Henken (Berlin), Peter Strutynski (Kassel)

Bundesausschuss Friedensratschlag, Germaniastr. 14, 34119 Kassel, Tel.: (0561) 93717974

Spenden: Friedensratschlag, Kt. Nr. 217 001 232; Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53 – Spenden sind steuerlich absetzbar!

Unsere Empfehlung: Libyen-Dossier auf der Website der AG Friedensforschung:

www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libyen/Welcome.html



■ Netzwerk Friedenskooperative · Römerstr. 88 · D-53111 Bonn

**Presseerklärung
11.03.2011**

Netzwerk
Friedenskooperative
Förderverein Frieden e.V.

Römerstraße 88
D-53111 Bonn

Tel. +49 (0)2 28/69 29 04

Fax +49 (0)2 28/69 29 06

friekoop@friedenskooperative.de

www.friedenskooperative.de

Libyen: Stop! Erst denken – und dann nicht schießen!

Flüchtlinge retten – der Bevölkerung politisch und zivil helfen Westliche Militär-Intervention in Libyen verbietet sich

*Zur Diskussion um eine Flugverbotszone und militärisches Eingreifen in Libyen erklärt
Manfred Stenner, Geschäftsführer des Netzwerks Friedenskooperative:*

In Libyen geht es den Aufständischen wie zuvor in Tunesien und Ägypten um die Beseitigung eines Despoten, um mehr Gerechtigkeit und Freiheit, um die Respektierung ihrer Menschenrechte und eine Entwicklungsperspektive für sich und ihre Region. Kein Zweifel, wo in einer solchen Situation die Sympathien von menschenrechtlich orientierten Gruppen der Friedensbewegung liegen.

Der Aufstand gegen das autokratische Regime in Libyen hat es leider ungleich schwerer als in den Nachbarländern. Anders als Ben Ali und Mubarak findet Gaddafi den Notausgang nicht bzw. er wird bisher nicht von einem einsichtigerem Militärrat dort hinausgeschubst. Er will sein Regime mit einem Krieg gegen das Volk retten.

Völlig untauglich ist die derzeitige mit moralischer Verve vorgetragene Forderung nach „humanitärer Intervention“ durch zahlreiche selbsternannte Militärstrategen u.a. im Europäischen Parlament. Palavert wird von Flugverbotszonen, Waffenhilfe für die Aufständischen und Militäraktionen der EU, zur Not auch ohne UN-Mandat – Völkerrecht hin oder her.

Moralisch gerechtfertigter Entrüstung über den Schlächter Gaddafi folgt eine beängstigende Kriegsrhetorik, die die vorhersehbaren wie die unberechenbaren Folgen ausblendet.

Ausgesprochen wird dies von Vertretern europäischer Politik, die das Gaddafi-Regime noch bis vor kurzem hofiert haben.

- 2 -

Netzwerk

■ **Bankverbindung**
Förderverein Frieden e.V.

■ Kto. 404 1860 400
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67

IBAN: DE89 4306 0967 4041 8604 00
BIC: GENODEM1GLS

Vor einem militärischen Eingreifen in den Bürgerkrieg warnen aus guten Gründen nicht nur Pazifisten. Die Durchsetzung des vielstimmig geforderten, aber militärisch gar nicht entscheidenden Flugverbots bedeutet den Kriegseintritt, beginnend mit der massiven Bombardierung des libyschen Radars, von Flugabwehr und Rollfeldern mit wahrscheinlich auch vielen zivilen Opfern. Es folgt in der Logik des Krieges weitere Eskalation durch Verlegung von Flugabwehr in Wohngebiete, Kämpfe gegen libysche Kriegsschiffe und Panzer, letztlich auch eine NATO-Invasion mit Bodentruppen. Die Opfer unter der Zivilbevölkerung wären hoch, der ursprüngliche Aufstand in Libyen und weit darüber hinaus als pro-westlich diskreditiert, die politischen Folgen in Nordafrika und der arabischen Welt unabsehbar.

Diese militärische und politische „Rutschbahn“ wird von der Bundesregierung und vielen NATO-Mitgliedern durchaus gesehen. Noch beschränkt man sich auf Kanonenbootpolitik und den Aufbau einer militärischen Drohkulisse im Mittelmeer.

Reale und notwendige „humanitäre Intervention“ der Europäischen Union bedeutet aber, effektive Anstrengungen für die Evakuierung und humanitäre Versorgung der zehntausenden Flüchtlinge und z.Zt. in Libyen festsitzenden Gastarbeiter zu leisten – auch durch Aufnahme in Europa. Flüchtlingsboote dürfen nicht länger auf dem Meer zurückgewiesen oder abgedrängt werden. Tunesien und Ägypten müssen jede erdenkliche Hilfe zur Versorgung der dorthin Geflohenen erhalten (siehe auch den Appell von PRO ASYL und medico international:

<http://www.proasyl.de/de/home/aktion-fluechtlinge-aus-libyen-aufnehmen/>).

Wo immer möglich, sollte z.B. über Bengasi medizinische Hilfe und Versorgung für die Bevölkerung ins Land gebracht werden.

Auch die bisher getroffenen und weitere wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen das libysche Regime und zu dessen Isolation sind richtig. Über Kontensperrungen hinaus muss auch der Export libyschen Öls unterbunden werden. Auch richtig: Gaddafi gehört nach den Haag.

Aber auch die bisherige Kumpanei der europäischen Politik und Wirtschaft mit dem Gaddafi-Clan gehört aufgearbeitet – politisch und vor Gerichten.

Die Motive der EU-Regierungen für ihre jetzige rhetorische Solidarität mit den Umbrüchen in Nordafrika werden zu Recht argwöhnisch betrachtet. Ein Paradigmenwechsel zu uneigennütziger Kooperation ist bisher nicht zu erkennen. Rohstoffsicherung, wirtschaftliche Vorteilsnahme und Flüchtlingsabwehr der „Festung Europa“ stehen weiter im Vordergrund. So ist zu befürchten, dass auch bei einer möglichen Restauration eines despotischen Regimes in Libyen nach einer Schamfrist eine gedeihliche Zusammenarbeit gefunden werden wird.

Manfred Stenner

Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative



Berlin, 11.03.2011

Mitteilung an die Medien:

An gewaltfreien Maßnahmen gegenüber Libyen festhalten

pax christi-Kommission Friedenspolitik lehnt Überlegungen zu militärischem Eingreifen ab

Die pax christi-Kommission Friedenspolitik verurteilt die offenkundigen Menschenrechtsverletzungen des Gaddafi-Regimes und jede Form von Gewaltanwendung bei den derzeitigen politischen Auseinandersetzungen in Libyen. Wir glauben aber nicht, dass der Konflikt durch militärische Gewalt von außen beizulegen und dadurch ein Blutbad zu verhindern ist. Vielmehr birgt ein militärisches Eingreifen aus vorgeblich humanitären Gründen die Gefahr einer langfristigen militärischen Verstrickung.

Wir setzen daher allein auf gewaltfreie Maßnahmen gegenüber Libyen und lehnen jede Unterstützung einer mit Waffengewalt kämpfenden Partei ab. Unsere Anteilnahme gilt unterschiedslos allen Opfern von Gewalt, unsere besondere Anerkennung aber den Libyern und Libyerinnen, die Unterdrückung und Ausbeutung mit gewaltfreien Mitteln bekämpfen. Wir ermutigen sie in ihrem Widerstand und wollen nach Kräften dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit in unserem Land ihrem legitimen Protest anhaltende Aufmerksamkeit zuwendet. Wir vertrauen auf die Kraft aktiver Gewaltfreiheit - in der Überzeugung, dass sich in unserer global vernetzten Welt nur damit selbstbestimmte und zukunftsfähige Wege zur Überwindung von offener Gewalt, von Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung eröffnen. Die jüngsten Beispiele Tunesien und Ägypten bestärken uns in dieser Überzeugung.

Im Falle Libyens legen die verantwortungslosen Gedankenspiele mit Flugverbotszonen, der Bewaffnung von Aufständischen oder gar dem Einsatz von Spezial-Bodentruppen den Verdacht nahe, dass sie von der Sicherung der Rohstoffe des Landes für die westlichen Industriestaaten motiviert sind. Wir sehen die Gefahr, dass dadurch die Glaubwürdigkeit des Volksaufstandes in Libyen und anderen arabischen Ländern zerstört wird.

Stattdessen sind die politischen und geschäftlichen Beziehungen, die europäische Regierungen und Wirtschaftsunternehmen - allen voran aus Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland -, aber auch die USA, Russland und China bis vor kurzem mit dem Gaddafi-Regime gepflegt haben, konsequent anzuprangern. Wir fordern die deutsche und die europäischen Regierungen auf, den Import von Öl aus Libyen bis zum Ende des Gaddafi-Regimes zu unterbinden.

Eine besonders verwerfliche Beziehung verbindet die europäische Politik und den Gaddafi-Clan auf dem im Lissabonvertrag festgeschriebenen Tätigkeitsfeld der EU-Agentur FRONTEX bei der Verhinderung von Flüchtlingsbewegungen in die EU. Die damit im Zusammenhang stehende Lieferung von Störsendern und G36-Sturmgewehren aus Deutschland in die Krisenregion wird auch gerichtlich im Detail zu untersuchen sein. Alle Personen und Institutionen, die mit dem Gaddafi-Regime paktiert haben, müssen vor nationalen, europäischen und UN-Instanzen für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.



Gemeinsame Pressemitteilung der Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL) und des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.)

TATORT LIBYEN

„Mehr als 150.000 Menschen müssen fliehen – Bundesregierung genehmigte Verdreizehnfachung von Rüstungstransfers an das Gaddafi-Regime“

- Friedensorganisationen fordern „Die Bundesregierung muss das Auftauchen von G36-Sturmgewehren in Libyen sofort aufklären. Staatsanwaltschaft München muss Ermittlungsverfahren gegen Gaddafi-Sohn wieder aufnehmen.“

Mehr als 150.000 Menschen befinden sich zurzeit auf der Flucht vor der Gewalt von Gaddafis Soldaten und Söldnern. Diese können die Demokratiebewegung auch dank deutscher Waffentransfers bekämpfen. „In der Amtszeit von Kanzlerin Merkel genehmigte die Bundesregierung die Lieferung militärischer Geländewagen, Hubschrauber, Kommunikationstechnik und Störsender“, sagt Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). „Wenn die Demokratiebewegung in Tripolis unterdrückt wird und Menschen aus Libyen fliehen müssen, dann trifft die Bundesregierung Mitschuld.“

„Nähme die Bundesregierung die eigenen ‚Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport‘ ernst, dann hätte das Regime Gaddafi niemals Waffen und Rüstungsgüter aus Deutschland erhalten dürfen“, erklärt Paul Russmann, Sprecher der Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben (ORL). „Libyen wird seit vielen Jahren als kritisch zu bewertendes Empfängerland von der Fachgruppe Rüstungsexport der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung, GKKE, angesehen.“ Dennoch habe die Bundesregierung „den Genehmigungswert deutscher Rüstungstransfers an Libyen von 2008 auf 2009 auf 53 Millionen Euro verdreizehnfacht“.

In diesen Tagen tauchen erste Bilddokumente auf, die sogar den Einsatz von G36-Gewehren in den Händen der Familie Gaddafi belegen. „G36-Sturmgewehre von Heckler& Koch zählen zu den tödlichsten Waffen weltweit“, weiß Rüstungskritiker Jürgen Grässlin. „Sie kommen in mehr als 30 Staaten zum tödlichen Einsatz, darunter Georgien und Mexiko – und jetzt sogar noch Libyen. Die Gewehrlieferungen erfolgen offenbar auf legalem und illegalem Wege.“

Grässlin und Russmann fordern die Bundesregierung auf, „den Export und die Lizenzvergaben von G36-Lieferungen in jedwede Krisen- und Kriegsgebiete zu unterbinden, vergebene G36-Lizenzen zurückzuziehen und keine neuen zu vergeben“. Die Sprecher der Friedensorganisationen sehen die Bundesregierung in der Pflicht, drängende Fragen zum Tatort Libyen sofort zu beantworten: „Hat die Firma Heckler& Koch GmbH eine G36-Ausfuhrgenehmigung für Libyen erhalten? Wenn nein: Auf welchem Weg gelangten die Sturmgewehre in die Hände des Gaddafi-Regimes?“

Auch an die Adresse der Münchener Staatsanwaltschaft richten Grässlin und Russmann dringende Fragen: „Aus welchem Grund wurde das Verfahren gegen Saif Gaddafi, zweitältester Sohn des Diktators Muammar al-Gaddafi, trotz offensichtlichen Waffenhandels Anfang 2011 eingestellt? Handelt es sich bei dem in einem Youtube-Video gezeigten G36-Gewehr um die Waffe, die nach Paris und dann möglicherweise nach Libyen geschmuggelt wurde?“ Um diese Fragen zu klären, müsse das „Ermittlungsverfahren gegen den Gaddafi-Sohn Saif seitens der Staatsanwaltschaft München wieder aufgenommen werden“.

Kontakt: Jürgen Grässlin, Freiburg, Tel.: 0761 / 76 78 208, j.graesslin[at]gmx.de